



Parlament ignoriert das Bildungsvolksbegehren

Dürftige Bilanz. Fünf unverbindliche Entschließungsanträge sind das einzige Ergebnis des Bildungsvolksbegehrens.

ALEXANDRA PARRAGH

WIEN (SN). Fünf unverbindliche Entschließungsanträge, aber kein einziger Gesetzesbeschluss – das ist das Ergebnis der parlamentarischen Behandlung des Bildungsvolksbegehrens. Ein Gesetz hätte sich Initiator Hannes Androsch jedoch erwartet. Ihn stört besonders, dass „die Entschließungsanträge nur Punkte zusammenfassen, die schon in der Regierungserklärung stehen“, wie er im SN-Interview erklärt.

Im Großen und Ganzen stimmt das. Schon im Regierungsprogramm ist von einer neuen Lehrerausbildung, dem Ausbau der Ganztagesbetreuung und einer tertiären Ausbildung für Kindergartenpädagogik die Rede, wie sie nun in entsprechenden Entschließungsanträgen gefordert werden. Dasselbe gilt für die Neuregelung der Uni-Finanzierung – Stichwort Studienplatzfinanzierung – wie sie nun im Antrag betreffend „Fortsetzung des Bildungsreformprozesses im tertiären Bildungssektor“ wortreicher nachzulesen ist. Einzig der Entschließungsantrag über die „Beseitigung der Doppelgleisigkeiten in der Schulverwaltung“ geht insofern darüber hinaus, als dass darin der Regierung eine Frist bis Jahresende gesetzt wird, um Gesetzesvorschläge zu erarbeiten. So gesehen hat Androsch also recht, wenn er es als „grotesk“ bezeichnet, dass „das Parlament die Regierung ersucht,

ihre eigenen Zielsetzungen zu beschließen.“ Die Anträge wurden wenig überraschend – mit Ausnahme von jenem über die Schulverwaltung, bei dem auch die FPÖ mit an Bord war – von den Bildungs- und Wissenschaftssprechern der Regierungsparteien SPÖ und ÖVP eingebracht.

Und es stimmt auch, dass die wesentlichen Forderungen des Bildungsbegehrens – die Abschaf-

schulstudium für Kindergartenpädagogen, wie es im Bildungsbegehren gefordert wird, spricht so wieso niemand mehr. Die Ganztagesbetreuung an Schulen wird zwar ausgebaut, reicht aber nicht für ein flächendeckendes Angebot. Und was die Unis betrifft, gestand Wissenschaftsminister Karlheinz Töchterle am Donnerstag persönlich ein, dass die Erhöhung des Uni-Budgets auf zwei



Bild: SN/APA

„Viel heiße Luft und viele leere Meter – mehr war das nicht.“

Harald Walser, Grüne

fung der Bezirksschulräte, die Einführung der modularen Oberstufe und Erleichterungen für das Nachholen von Bildungsabschlüssen einmal abgesehen – nicht erfüllt werden.

So wird ein „modernes unbürokratisches Schulsystem ohne parteipolitische Einflussnahme“, für das der Bund allein zuständig ist, ein Wunschtraum bleiben, genauso wie eine tertiäre Ausbildung für alle Pädagogen. Erst kürzlich machte Unterrichtsministerin Claudia Schmied (SPÖ) klar, dass es die geplante gemeinsame Lehrerausbildung wohl nur auf Bachelor-, nicht auf Masterniveau geben wird. Von einem Hoch-

Prozent des Bruttoinlandsprodukts derzeit nicht zu erwarten ist.

„Viel heiße Luft und viele leere Meter“, so beurteilte der grüne Bildungssprecher Harald Walser, selbst Unterstützer des Bildungsbegehrens, das Ergebnis der parlamentarischen Debatte. Er und seine Parteikollegen brachten am Donnerstag gleich vier eigene Entschließungsanträge ein. Einer davon enthielt wortdichte Passagen des Regierungsprogramms 2008 zum Thema Bildung. „Den haben alle Parteien abgelehnt, also auch SPÖ und ÖVP. Dabei war es das, was sie sich selbst vorgenommen haben. Das ist bezeichnend“, sagt Walser.

Interview

„Abgeordnete in Geiselhaft“



Initiator Androsch verfolgte die Debatte im Parlament.

Bild: SN/APA

ALEXANDRA PARRAGH

SN: Ihr Bildungsvolksbegehren hat zu Entschließungsanträgen, aber keinen neuen Gesetzen geführt. Sind Sie zufrieden?

Hannes Androsch: Sicher nicht. Diese Entschließungsanträge fassen nur Punkte zusammen, die schon in der Regierungserklärung stehen. Es ist grotesk, dass das Parlament die Regierung ersucht, ihre eigenen Zielsetzungen zu beschließen.

SN: Was hätte Ihrer Meinung nach herauskommen müssen?

Androsch: Die Dinge endlich umzusetzen, zum Beispiel die Bürokratie und den Proporz in der Schulverwaltung abzuschaffen oder statt den paar Ganztageseinrichtungen echte Ganztageszentren zu schaffen. All das wünschen sich die Abgeordneten ja auch, wie sich im Sonderaus-

schluss gezeigt hat. Sie dürfen es nur nicht beschließen.

SN: Sie meinen die der ÖVP?

Androsch: Sie befinden sich in der Geiselhaft der Teinfaltstraße (Sitz der Beamtengewerkschaft, Anm.) und von St. Pölten (Sitz des nö. Landeshauptmanns, Anm.). Und auf diese Geiselhaft nehmen die Koalitionstreuen in der SPÖ Rücksicht.

SN: Sind Neuwahlen, wie Sie sie vorschlugen, wirklich die Lösung?

Androsch: Na ja, wir bleiben jedenfalls dran. Das Thema Bildung wird das zentrale Wahlkampfthema für die nächste Nationalratswahl. Da werde ich mich thematisch einbringen.

SN: Erwägen Sie anzutreten?

Androsch: Sicher nicht, das habe ich mit 75 schon hinter mir.